

## Zürich

# Bei der Grundstufe hat das Land über die Stadt gesiegt

Die Analyse des letzten Urnengangs zeigt klar: Bei der Grundstufe war die Weltanschauung wichtig, bei den Mietervorlagen war Eigennutz im Spiel.

**Von Daniel Schneebeili**

Zürich - Die kantonalen Statistiker haben die Abstimmungen vom letzten Wochenende analysiert. Dabei fiel ihnen als Erstes auf, dass die Stimmbeteiligung bei der eidgenössischen Vorlage (Tierseuchengesetz) tiefer lag als jene bei den kantonalen Geschäften, was in den letzten zehn Jahren nie der Fall war. Mobilisiert hat die Zürcher Stimmberechtigten also vor allem die Abstimmung über Kindergarten und Grundstufe.

Gemäss Analyse hat in diesen Fragen, wie meist bei Bildungsvorlagen, die Weltanschauung der Stimmberechtigten entschieden. Peter Moser vom Statistischen Amt spricht von der «kulturellen Achse» der Zürcher Politlandschaft. Die SVP-dominierten nationalkonservativen ländlichen Gebiete haben die Grundstufe deutlich höher verworfen als die links-progressiven städtischen Gebiete.

Auffällig ist, dass die Grundstufe in den 25 Versuchsgemeinden durchwegs mehr Zustimmung fand, als in Gemeinden ohne Grundstufe - im Schnitt betrug der Unterschied rund 8 Prozent. Vor allem bei der Initiative, welche die flächendeckende Einführung verlangt hatte, sei der Unterschied bedeutend. Interessant ist auch, dass Initiative und Gegenvorschlag bei den Stimmberechtigten nicht als konkurrierende Vorlagen wahrgenommen wurden. Je höher der

Ja-Stimmen-Anteil für die Initiative war, desto höher war auch jener für den Gegenvorschlag, der eine freiwillige Einführung der Grundstufe ermöglicht hätte. Der Gegenvorschlag wurde laut Moser als gemilderte Version der Initiative erkannt. «Lieber der Gegenvorschlag als gar nichts», sei das Motto gewesen. Darum hätten viele Befürworter beiden Vorlagen zugestimmt. Trotzdem wurden beide Vorlagen klar abgelehnt.

## Umdenken wegen Wohnungsnot

Bei den beiden Mietervorlagen - Formularpflicht und gebührenfreie Gerichte - hat der Grossteil der Stimmberechtigten entweder zweimal Ja oder zweimal Nein gestimmt. Am Ende wurde aber nur die Formularpflicht angenommen. Peter Moser hat festgestellt, dass bei beiden Vorlagen die Zustimmungsraten in Gemeinden mit vielen Mietern höher war als in Gemeinden mit vielen Eigenheimbesitzern. Er schreibt dazu: «Das Abstimmungsverhalten wurde durch eigenützige Überlegungen beeinflusst.»

Untersucht haben Moser und sein Team zudem, wie es zum Meinungsumschwung bei der Formularpflicht kommen konnte. 2003 hatten Zürcherinnen und Zürcher deren Abschaffung mit 56,5 Prozent Ja-Stimmen zugestimmt. Am letzten Samstag waren nur noch 47,7 Prozent gegen die Formularpflicht, welche Vermietern verpflichtet, neuen Mietern die Vormiete mitzuteilen.

Für Moser ist es die Wohnungsnot, welche viele Stimmberechtigte zum Umdenken bewogen hat. Die Zustimmung in den Städten und in der Agglomeration war deutlich höher als 2003, während sie auf dem Land in etwa gleich geblieben ist.